

Der renommierte US-Publizist und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Paul Craig Roberts malt die Zukunft der US-Wirtschaft in ziemlich düsteren Farben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 017/12 – 18.01.12**

Eine düstere Prognose für die US-Wirtschaft im neuen Jahr

Von Paul Craig Roberts

Institute for Political Economy, 06.01.12

(<http://www.paulcraigroberts.org/2012/01/06/the-dismal-economic-outlook-for-the-new-year/>)

Die Verlagerung von Jobs ins Ausland, die Deregulierung der Finanzwirtschaft und zehn Jahre Krieg haben die US-Wirtschaft und die wirtschaftlichen Aussichten für 90 % der US-Bevölkerung schwer beeinträchtigt. Der wirtschaftliche Niedergang hat sichtbare Auswirkungen auf die Einkommensverteilung, auf die Daten des Bureau of Labor Statistics zur Arbeitslosigkeit, auf die Abwanderungsstatistik, auf die Verarmungsquote und auf die Zahl der Empfänger von Lebensmittelgutscheinen.

Weitere Anzeichen (dieses Niedergangs) sind die (durch Zwangsvollstreckung) enteigneten und vernagelten Häuser und die dadurch verursachte Obdachlosigkeit. Er wird auch belegt durch geschlossene Einkaufszentren, ungenutzte Büro- und Lagergebäude, Leerstände in Shopping Malls und riesige Bevölkerungsverluste in den Industriestädten der USA.

Die New Economy (Neue Wirtschaft) war ein Täuschungsmanöver – wie die "Massenvernichtungswaffen" Saddams und der "Krieg gegen den Terror". Die US-Amerikaner wurden von ihrer "eigenen" korrupten Regierung, von habgierigen Konzernen und deren Helfershelfern unter den Wirtschaftswissenschaftlern und Experten belogen und betrogen; man täuschte sie mit dem Versprechen, sie könnten ihre gut bezahlten Jobs in der Produktion, bei denen sie sich die Hände schmutzig machen mussten, gegen noch besser bezahlte Hightech-Dienstleistungsjobs eintauschen, bei denen ihre Finger sauber blieben. Für die vernünftig bezahlten, dann aber ins Ausland verlagerten (Vollzeit-)Jobs in der industriellen Produktion und in der Software- und Informationstechnologie wurden ihnen aber nur unterbezahlte (Teilzeit-)Jobs im Gaststättengewerbe und in der Gesundheitsfürsorge angeboten.

Deshalb sank das mittlere Realeinkommen der großen Mehrheit der US-Bevölkerung stark ab. Um die Konsumausgaben trotz sinkender Einkommen hoch zu halten, schuf die US-Notenbank (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Federal_Reserve_System) mit extrem niedrigen Zinssätzen die Immobilien- und Kreditblase. Die niedrigen Zinsen trieben (wegen der steigenden Nachfrage) die Hauspreise in die Höhe; die US-Bürger nahmen viel zu hohe Hypothekendarlehen auf ihre (überbewerteten) Häuser auf und reizten ihre Kreditkarten voll aus. Die wachsende Verschuldung ließ die Nachfrage zunächst noch ansteigen und die Wirtschaft florieren.

Bald war aber die Grenze der Verschuldung erreicht, weil diese die Einkommen zu weit überstieg, und die Kreditblase platzte. Ihr Platzen offenbarte auch die Betrügereien der Finanzinstitute, die in der Euphorie (des Schuldenmachens) verborgen geblieben waren. Das löste die Finanzkrise aus.

Weil die US-Regierung von den Finanz- und Rüstungskonzernen und nicht vom US-amerikanischen Volk kontrolliert wird, reagierte sie auf die Finanzkrise, indem sie auch noch die Schulden der Banken auf die US-Steuerzahler abwälzte, damit den Spekulanten durch ihre eigenen Fehler und Verbrechen kein Schaden entstand. Anstatt die für die Krise Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, präsentierte die US-Regierung den US-Bürgern die Rechnung.

Ein wichtiger Posten dieser Rechnung ist die riesige Anzahl neuer Dollars, die gedruckt wurden, um die "Banken, die nicht bankrott gehen dürfen, weil sie zu groß sind", zu retten und um das durch die illegalen Kriege entstandene riesige Haushaltsloch der US-Regierung zu stopfen. Früher oder später wird diese Dollarschwemme die von den US-Bürgern zu bezahlenden Preise in die Höhe schnellen lassen.

Wir werden noch einmal auf die Dollarkrise zurückkommen. Zunächst wollen wir aber noch einen Blick auf die Auswirkungen werfen, die der Rückgang der Produktion und der Abbau von Jobs in der Industrie auf die Wirtschaft und auf die Aussichten der US-Bürger gehabt haben und noch haben werden.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts verlor Detroit in Michigan 25 % seiner Bevölkerung; Gary in Indiana verlor 22 %, Flint in Michigan 18 % und Cleveland in Ohio 17 %. In St. Louis in Missouri stehen 19 % der Wohnungen leer. Diese Bevölkerungsverluste wurden nicht von der Pest, einem Killervirus oder von Atombomben verursacht. Sie sind das Ergebnis der Habgier der Konzernbosse, der Habgier der Wall Street und der Habgier großer Handelskonzerne wie Wal-Mart, wegen der mit Unterstützung "unserer" Regierung Millionen von Arbeitsplätzen in der Produktion, in der Software- und Informationstechnologie, im Maschinenbau, in Forschung, Entwicklung und Konstruktion ins Ausland verlagert wurden.

Durch die Verlagerung der US-Arbeitsplätze sanken die Steuereinnahmen der Städte, Bezirke und Bundesstaaten. Die daraus resultierenden Haushaltsdefizite auf lokaler und staatlicher Ebene wurden genutzt um Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu demontieren und die Sozialausgaben einzuschränken. Ständig sprudelnde öffentliche Einnahmequellen wie Wasserversorgungsunternehmen, Parkhäuser und Parkuhren oder gebührenpflichtige Straßen und Brücken wurden an ausländische Unternehmen verkauft, um Kommunen oder Bundesstaaten wenigsten für ein Jahr solvent zu halten.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gingen in der US-Industrie 5.500.000 Jobs verloren. Die Anzahl der Jobs in der Computer- und Elektroindustrie sank um 40 %, im Maschinenbau um 30 %, im Kraftfahrzeugbau und bei den Zulieferern um 44 % und in der Textilindustrie um 66 %.

Die in der letzten Dekade durch Verlagerung ins Ausland vollzogene Dezimierung der Jobs in der US-Wirtschaft diente nur der Bereicherung der Kapitaleigner; die Manager kassierten vielen Millionen Dollar durch Bonuszahlungen, und die Aktionäre verbuchten satte Gewinne. Einige Hedge-Fonds-Manager steckten jährlich eine Milliarde Dollar ein, und einige Dutzend brachten es immerhin noch auf 500 Millionen Dollar Jahresverdienst. Wozu soll das gut sein? Riesige Summen wurden nicht etwa für ein Jahr produktiver Arbeit bezahlt, sondern für die Zerstörung des Finanzsystems und des Wertes von Pensionen, für die Millionen US-Amerikaner ein Leben lang gearbeitet haben.

Während das geschah, verschwendete "unsere" Regierung im Irak und in Afghanistan mehrere Billionen Dollar für Kriege, die mit Lug und Trug angezettelt worden waren. Die US-Bürger wurden und werden angelogen und getäuscht, damit die Rüstungsindustrie Rekordprofite einstreichen kann und damit die irren neokonservativen Kriegsverbrecher ihr

imperialistisches Streben nach Weltherrschaft fortsetzen können. Wir wurden sogar über die Höhe der US-Kriegsverluste belogen. Wie Dennis Loo in seinem 2011 veröffentlichten Buch "Globalization and the Demolition of Society" (Globalisierung und die Zerstörung der Gesellschaft) nachgewiesen hat, kommen zu den 4.801 im Irak-Krieg gefallenen US-Soldaten noch die 50.000 durch Selbstmord umgekommenen aktiven oder bereits ausgeschiedenen Kriegsteilnehmer dazu. Die US-Verluste im Irak-Krieg sind also genau so hoch, wie sie im Vietnam-Krieg waren.

Weil in der Finanzwirtschaft und in der Rüstungsindustrie am meisten verdient wird, weist die Einkommensverteilung nach Angaben der Organization for Economic Co-operation and Development / OECD in den USA die größten Unterschiede von allen entwickelten Staaten auf. Die Central Intelligence Agency – ja, wirklich die CIA – hat festgestellt, dass die Einkommensverteilung in den USA nicht nur ungerechter als in allen anderen Industriestaaten, sondern auch ungerechter als in Bulgarien, Brasilien, Mexiko, Simbabwe, Ruanda und Mozambique ist [s. <https://cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2172rank.html>].

Der wirtschaftliche "Aufschwung", den Washington und die Finanzpresse bejubeln, ist nur Fiktion und existiert in Wirklichkeit überhaupt nicht. Der "Aufschwung" wurde "errechnet" durch Herunterspielen der Inflationsrate, Übertreibung des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes / BIP und Vernachlässigung der Langzeitarbeitslosen in der Arbeitslosenstatistik. Eine Wirtschaft, deren Antriebsmotor exportiert wurde, kann nicht gesunden, wenn dieser Motor nicht wieder zurückgeholt, die Globalisierung also aufgegeben wird.

Zur Übertreibung wird gegriffen, wenn gute Nachrichten erzeugt werden sollen, aber manchmal schlägt sie auch auf die Trickser zurück. Letzten Monat gab die National Association of Realtors (die Nationale Vereinigung der Immobilienmakler) zu, dass sie die Hausverkäufe um 3,5 Millionen zu hoch angegeben hatte. Statistiker John Williams berichtete auf shadowstats.com, der Berechnungsmodus, den das Bureau of Labor Statistics / BLS benutzt, um die Auswirkung von nicht erfassten Geschäftsaufgaben und Neueröffnungen auf die Jobentwicklung zu untersuchen, führe dazu, dass die Anzahl der jährlich angeblich neu geschaffenen Jobs in wirtschaftlichen Krisenzeiten um eine Million zu hoch angesetzt werde. Im Folgejahr müssten die monatlichen Übertreibungen dann wieder stillschweigend nach unten korrigiert werden.

Manchmal werden Daten auch heruntergespielt, um schlechte Nachrichten zu kaschieren. Eine Untertreibung der Inflationsrate ergibt sich, wenn der Consumer Price Index / CPI (der Lebenshaltungskostenindex) nicht mehr – wie vorher üblich – auf einen festen Warenkorb bezogen wird. Während des "progressiven" Clinton-Regimes wurde bei der Berechnung des CPI eine irreführende Änderung vorgenommen. Wenn der Preis einer im Warenkorb befindlichen Ware – zum Beispiel der Preis für ein Filetsteak – steigt, geht nicht mehr der höhere Preis in den Index ein. Stattdessen wird bei der Berechnung des CPI angenommen, dass der Verbraucher das teure Filetsteak jetzt durch ein preiswerteres Steak ersetzt. Der Preisanstieg wird also dadurch verringert, dass seine Berechnung auf Waren geringeren Wertes basiert.

Durch Untertreibung der Inflation hat sich die Regierung den "Wirtschaftsaufschwung" ermogelt, weil sie sich nur auf das nominelle Wachstum des BIP und nicht auf das nach traditionellen Maßstäben inflationsbereinigte reale BIP-Wachstum bezogen hat. John Williams hat nachgewiesen, dass bei der Berechnung des Preisanstieges nach der vor Clinton üblichen Methode im 21. Jahrhundert kein BIP-Wachstum in den USA stattgefunden hat. Mit anderen Worten, im vergangenen Jahrzehnt ist das BIP überhaupt nicht gewachsen, und trotzdem versuchen die sich prostituierenden Medien uns einen "Wirtschaftsaufschwung" vorzugaukeln.

Die von der (US-)Regierung vorausgesagte Entwicklung ihres Haushaltsdefizits beruht auf der Annahme, dass eine Erholung der Wirtschaft stattfindet. Da es in Wirklichkeit aber keinen Wirtschaftsaufschwung gibt, sondern der Niedergang der US-Wirtschaft andauert, wird das von der Regierung auf unabsehbare Zeit vorausgesagte Anwachsen ihres Haushaltsdefizits um (jährlich) eine Billion Dollar noch höher ausfallen. Weil die US-Notenbank bei dieser Schuldenentwicklung noch mehr Dollars drucken muss, ist es um die künftige Kaufkraft des Dollars sehr schlecht bestellt.

Durch die zügellose Verschuldungspolitik der US-Regierung, mit der sie ihre Kriege um die Weltherrschaft finanziert, und durch den Autoritätsmissbrauch, den die US-Notenbank dadurch begangen hat, dass sie [nach Erkenntnissen des GAO (eines Kontrollgremiums des US-Kongresses, das ähnliche Aufgaben wie unser Bundesrechnungshof wahrnimmt, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Government_Accountability_Office)] insgeheim Banken in den USA und in Europa Darlehen in Höhe von insgesamt 16,1 Billionen Dollar gewährte, wurde eine unvorstellbar große Menge neu gedruckter Dollars in Umlauf gebracht. Außerdem hat die Deregulierung des Finanzsektors dazu geführt, dass die Banken auf realen Werten beruhende Derivate geschaffen haben, deren papierener Wert, die Werte, auf die sie bezogen sind, um ein Vielfaches übersteigt. Das ist eine unhaltbare Situation. Wie wird sie wohl aufgelöst werden?

Das ist eine zweiteilige Frage: Es geht die um Schulden der Banken und um die Schulden der US-Regierung. Beide Schuldenberge werfen große Probleme auf.

Hypothekengestützte Derivate überschreiten den Wert der Häuser (auf die sie bezogen sind); auch Credit Default Swaps (handelbare Kreditausfallversicherungen, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Credit_Default_Swap) und andere neue Finanzprodukte sind papierene Forderungen, die den Wert der ihnen zugrunde liegenden realen Vermögenswerte weit übersteigen. Schauen wir uns Credit Default Swaps, eine Art handelbarer Versicherungen gegen Kreditrisiken, näher an. Kapitalanleger, oder besser gesagt, Spekulanten, müssen keine griechischen Staatsanleihen oder hypothekengestützte Derivate besitzen, um sich gegen einen Wertverlust solcher Papiere versichern zu können. Deshalb kann zum Beispiel der Gesamtwert der auf Wertverluste griechischer Staatsanleihen abgeschlossenen Versicherungen den Gesamtwert dieser Staatsanleihen weit überschreiten. Auch der Wert von Versicherungen, die für hypothekengestützte Derivate abgeschlossen wurden, kann den Gesamtwert der auf den betreffenden Immobilien liegenden Hypotheken übersteigen.

Finanzinstitute wie die US-Banken, die Versicherungen gegen Wertverluste griechischer Staatsanleihen verkauften, spekulierten darauf, dass Griechenlands Staatsschulden (von anderen Euro-Ländern) abgesichert würden und Griechenland zahlungsfähig bliebe. Die Finanzinstitute betrachteten die Gebühren, die sie für die "Versicherungen" kassierten, als risikolos verdientes Geld (weil sie nicht damit rechneten, die Versicherungssummen jemals ausbezahlen zu müssen). Ich weiß nicht, wie viele Versicherungen auf Wertverluste von Staatsanleihen verkauft wurden, ich habe aber kürzlich in einem Bericht gelesen, dass allein die Bank of America für 2,1 Billionen Dollar Versicherungen gegen Wertverluste von Staatsanleihen verkauft hat. Stellen Sie sich die Krise vor, die der Bank of America droht, wenn diese Versicherungen fällig würden!

Sollten europäische Staaten zahlungsunfähig werden, würde sich dadurch natürlich auch die US-Finanzkrise vertiefen.

Die Kontrolle der US-Notenbank durch das GAO hat ergeben, dass zwischen Dezember 2007 und Juni 2010 insgeheim Kredite von 16,1 Billionen Dollar an andere Banken vergeben wurden. Zum besseren Verständnis sei daran erinnert, dass diese Riesensumme grö-

ßer ist als das BIP der USA und größer als die (offiziell zugegebene) US-Staatsverschuldung (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP18110_130910.pdf). Mit anderen Worten, es musste eine unvorstellbare Menge neuer Dollars gedruckt werden, um den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Trotz dieser Dollarschwemme, die in das Bankensystem gepumpt wurde, gelten viele Banken immer noch als geschwächt und gefährdet. Die Verunsicherung der Inhaber großer Bankkonten wird auch daran deutlich, dass durch US-Staatsanleihen abgesicherte Fonds immer noch sehr gefragt sind, obwohl ihre Anteilscheine nur sehr niedrig verzinst werden. Viele US-Amerikaner sind sogar bereit, einen negativen Zinssatz in Kauf zu nehmen und ihr Geld da anzulegen, wo sie es in neu gedruckten Scheinen auch wieder ausbezahlt bekommen.

Wenn durch Papiere abgesicherte Ansprüche die Vermögenswerte übersteigen, auf die sie sich beziehen, könnte eine Lösung (des Überbewertungsproblems) darin bestehen, die schlechten Papiere nach und nach abzuschreiben, wenn es neue Profite der betroffenen Banken erlauben. Dann müsste aber vorübergehend die "marktnahe Bewertung" dieser schlechten Papiere ausgesetzt werden, damit die Banken sie bis zur Abschreibung als "gut" verbuchen und solvent bleiben könnten.

Das wäre eine vernünftige Lösung, wenn die Banken wieder mit Gewinnen aus ihrem normalen Geschäft rechnen könnten. Die Verbraucher sind aber so hoch verschuldet, dass sie keine zusätzlichen Kredite mehr aufnehmen können, und die Nachfrage nach Konsumgütern ist so schwach, dass die Gewinnaussichten für Banken eher schlecht sind. Sie haben nur noch die von der US-Notenbank geschaffene Möglichkeit des "Carry Trade" (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Currency_Carry_Trade), die darin besteht, sich von der US-Notenbank Geld zu einem Zinssatz von fast null Prozent zu leihen und für dieses Geld griechische oder italienische Staatsanleihen zu kaufen. Dieses Glücksspiel nennt man auch "Casino Banking" (s. <http://oxforddictionaries.com/definition/casino+banking>).

Weil die Möglichkeit der sukzessiven Abschreibung also nicht besteht, bleibt den Banken nur noch der Bankrott oder die (Dezimierung ihrer Zahlungsverpflichtungen durch) Inflation. Da die US-Notenbank und die US-Regierung weitere Bankinsolvenzen aber ausgeschlossen haben, bleibt nur die Inflation (als Ausweg aus der Finanzkrise) übrig.

Mit Ausnahme relativ weniger inflationsindexierter Anleihen (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Inflation-Linked_Bond) haben Finanzprodukte den angegebenen Nominalwert (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Nennwert>). Deshalb können Risikokredite durch Inflation reduziert werden, wenn durch (inflationäre) Preissteigerungen der nominelle Wert der realen Güter, für die sie gewährt wurden, und der nominelle Wert von Löhnen und Gehältern in die Höhe getrieben werden (wobei deren Kaufkraft natürlich sinkt). Das scheint der Weg zu sein, den die Politiker einschlagen wollen: Durch die Reduzierung der Kaufkraft des Dollars sollen die nominellen Anlagewerte in die Höhe getrieben werden, damit sie die auf sie ausgestellten Forderungen übersteigen.

Nehmen wir als Beispiel eine Person, die eine Hypothek von 200.000 Dollar auf ein Haus aufgenommen hat, das ihr beim Verkauf (zum jetzigen Zeitpunkt) nur 175.000 Dollar einbrächte. Sie bliebe als auf 25.000 Dollar Schulden sitzen. Wenn der Preis des Hauses durch die Inflation jedoch auf 250.000 Dollar hoch getrieben wird, könnte die Person statt 25.000 Dollar Verlust einen (nominellen) Gewinn von 50.000 Dollar machen. Es scheint ziemlich klar zu sein, dass die US-Regierung, um sich selbst und die Finanzinstitute zu retten, die Kaufkraft des Dollars opfern wird.

Das wird wohl auch als Möglichkeit angesehen, das wachsenden Haushaltsdefizit der US-Regierung zu reduzieren. Im Augenblick profitiert der US-Dollar von der Flucht aus dem

Euro, die mit der (absichtlich hochgespielten) Schuldenkrise in Europa ausgelöst wurde. (Dabei ist die Verschuldung einzelner europäischer Länder – unter Berücksichtigung der Wirtschaftskraft Gesamteuropas und gemessen an der riesigen Verschuldung der USA und dem immer noch fortschreitenden Niedergang der US-Wirtschaft – eigentlich kein echtes Problem für die reale Stärke des Euro.) Wie in der Vergangenheit suchen (die von den US-Ratingagenturen vorsätzlich) verunsicherten Anleger immer noch Zuflucht im US-Dollar und in US-Staatsanleihen. Der Hauptunterschied zwischen der Verschuldung Griechenlands und der Verschuldung der USA besteht darin, dass Griechenland keine Euros drucken kann, die USA aber beliebig viele (eigentlich völlig wertlose) US-Dollars drucken lassen. Die Gläubiger der USA können deshalb immer den nominellen Wert der von ihnen gehaltenen US-Staatsanleihen zurückbekommen – wobei die Kaufkraft des Dollars natürlich ständig abnimmt.

Die Flucht in den Dollar wird nicht mehr lange anhalten. Wem will das US-Finanzministerium seine Staatsanleihen verkaufen, wenn die Flucht aus dem Euro in den Dollar zum Erliegen kommt, und wie soll das jährlich eine Billion Dollar betragende US-Haushaltsdefizit dann finanziert werden? Früher oder später wird die US-Notenbank erneut sehr viel Dollars drucken müssen, damit das US-Finanzministerium ihr seine Staatsanleihen für diese neuen Dollars verkaufen kann.

Früher oder später wird auch das neue Geld seinen Weg in die Wirtschaft finden und die Preise noch stärker in die Höhe treiben, bis die Welt wegen des ständigen Ankaufs von US-Staatsanleihen mit (wertlosem) Papier, das Vertrauen in den Dollar ganz verliert. Panikverkäufe von US-Dollars auf den Devisenmärkten werden den Tauschwert des Dollars in den Keller treiben und die Preise für den Import von Energieträgern, Konsumgütern und Nahrungsmitteln explodieren lassen. Das wahrscheinlichste Ergebnis beider Entwicklungen wird eine galoppierenden Inflation sein.

Normalerweise wird die Inflation (wegen der steigenden Nachfrage) durch eine boomende Wirtschaft beschleunigt; wegen der Auslagerung des Motors der US-Wirtschaft boomen zur Zeit aber nur die Preise. Deshalb müssen die US-Bürger neben der sich beschleunigenden Inflation auch noch damit rechnen, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird.

Ich kann nicht vorhersagen, wie lange es den US-Politikern noch gelingen wird, den totalen Zusammenbruch der US-Wirtschaft durch Trickerei, Gelddrucken, Währungsmanipulation, Eingriffe in den Gold- und Silbermarkt und plumpe Lügen aufzuhalten. Der Zusammenbruch könnte ganz plötzlich noch in diesem Jahr erfolgen; wir sollten aber die Macht der Manipulation und die Leichtgläubigkeit der US-Bürger nicht unterschätzen, die "ihrer" Regierung immer noch vertrauen und unerschütterlich daran glauben, dass sie von muslimischen Terroristen bedroht werden; sie sind sogar bereit, die Verfassung der USA, die das Ergebnis eines 800-jährigen anglo-amerikanischen Kampfes um Bürgerrechte ist, für ihre "Sicherheit" zu opfern.

Ein Polizeistaat mit einer untergehenden Währung kann aber keine Sicherheit bieten. Die bisher so komfortable Welt der US-Bürger fällt an den Nähten auseinander.

Über Dr. Paul Craig Roberts

Paul Craig Roberts war Staatssekretär für Wirtschaftspolitik im Finanzministerium (unter Reagan) und Mitherausgeber des Wall Street Journals. Er hat Kolumnen für Business Week, den Scripps Howard News Service und das Creators Syndicate verfasst. Er hat an mehreren Universitäten gelehrt. Seine Veröffentlichungen auf verschiedenen Websites haben weltweit Aufsehen erregt. Unter www.paulcraigroberts.org betreibt er jetzt eine eigene Website.

(Wir haben den Artikel, der sehr erhellende Einsichten vermittelt, die auch unseren US-hörigen Politikern die Augen öffnen könnten, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Ergänzungen in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt.)



The Dismal Economic Outlook For The New Year

January 6, 2012 |

Jobs offshoring, financial deregulation, and ten years of wars have severely damaged the US economy and the economic prospects of 90% of the American population. The signs are everywhere in front of our eyes. They are in the income distribution data, the BLS jobs data, the Census data, the poverty figures, and the high number of food stamp recipients.

The signs are in the foreclosed and boarded up homes and the accompanying homelessness. They are in closed strip malls, in office building, warehouse, and shopping mall vacancies, and in the huge population losses of America's manufacturing cities.

The New Economy was a hoax, like Saddam Hussein's "weapons of mass destruction" and the "war on terror." Americans were deceived by "their" corrupt government, by greed-driven corporations, and by corporate shills among economists and the pundit class into believing that they were trading middle class "dirty fingernail" jobs in manufacturing for better middle class "clean fingernail" high-tech service jobs. Instead, reasonably paid manufacturing and professional skill jobs, such as software engineering and information technology, were traded for lowly paid jobs as waitresses and bartenders and for jobs in ambulatory health care.

Consequently, real median US income fell for the vast majority of the population. To keep consumers spending when they had no raises, the Federal Reserve used low interest rates to create a real estate and credit bubble. The low interest rates drove up housing prices, and Americans refinanced their mortgages and spent the equity in their homes. Americans maxed out credit cards. The rise in consumer indebtedness kept consumer demand growing and the economy afloat.

But there is a limit to how far debt can outpace income, and the bubble burst. And when it burst the financial fraud that had been hidden in the euphoria was revealed. That set off the financial crisis.

As the US government is controlled by financial and armaments interests and not by the people, the government responded to the financial crisis by shoveling more debt and more hardships on the American people in order that financial interests did not have to pay for their own mistakes and crimes. Instead of blaming the responsible parties, "our" government handed the bill to the American people.

An important part of the bill is the huge number of new dollars being created in order to keep "banks too big to fail" afloat and in order to finance the federal government's enormous budget deficit from its illegal wars. Sooner or later, the proliferation of dollars will cost the American people sharply higher prices.

We will return to the dollar crisis later in this column. First, let's look at what the loss of manufacturing and manufacturing related jobs have done to the economy and the prospects of US citizens.

In the first decade of the 21st century, Detroit, Michigan, lost 25% of its population. Gary, Indiana, lost 22%. Flint, Michigan, lost 18%. Cleveland, Ohio, lost 17%. In St. Louis, Missouri, 19% of the housing is vacant. These population losses were not the result of the Black Plague or killer viruses or a nuclear attack. They were the result of corporate CEOs, pushed by their own greed, by the greed of Wall Street and that of large retailers such as Wal-Mart, aided and abetted by “our” government, into moving millions of manufacturing, software engineering, information technology, engineering, research, development, and design jobs offshore.

The process of moving American jobs offshore left cities, counties, and states with shrunken tax base. The resulting state and local budget deficits are being used to dismantle public sector unions and to cut social services. Public assets, such as water companies, and future income streams from parking meters, toll roads and bridges, are being sold off to foreign buyers in order to insure another year of local and state government solvency.

In the first decade of the 21st century, Americans lost 5,500,000 manufacturing jobs. US employment in the manufacture of computer and electronic products fell by 40%; in the production of machinery by 30%, in motor vehicles and and parts by 44%, and in the manufacture of clothing by 66%.

In other words, in ten years the US economy was decimated by jobs offshoring for the sole purpose of higher rewards to capital in the form of multi-million dollar executive bonuses and large shareholder capital gains. A few hedge fund executives were paid a billion dollars in annual remuneration and a couple of dozen of them were paid \$500 million in annual compensation. What sense does that make? Huge fortunes paid for one year’s work, not in productive activity but in destroying the financial system and the value of pensions that tens of millions of Americans had worked their lives to achieve.

While this was happening, “our” government squandered several trillion dollars in Iraq and Afghanistan on wars based on lies and deception. The American people were lied to and deceived, and continue to be, in order that arms industries can enjoy record profits and in order that crazed neoconservative war criminals could pursue their ideology of world hegemony and empire. We were even lied to about US war casualties. As Dennis Loo points out in his book, *Globalization and the Demolition of Society* (2011), the 4,801 Americans killed in action in Iraq leaves out the 50,000 suicides of veterans and active duty US troops. The truth of the matter is that the casualties of the Iraq war are as high as those of the Vietnam war.

With all income gains redirected to the financial and war sectors, the distribution of income in the US has become, according to the Organization for Economic Co-operation and Development (OECD), the worst of all developed countries. The Central Intelligence Agency—yes, the CIA—concluded that America had achieved not only the worst income distribution of all developed countries but also a worst income distribution than Brazil, Mexico, Zimbabwe, Rwanda, Mozambique, and Bulgaria. <https://cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2172rank.html>

The economic “recovery” that Washington and the financial press hype is all talk and no reality. The “recovery” is produced by understating the inflation rate, which overstates GDP growth, and by dropping the long-term unemployed out of the measurement of unemployment. An economy, the driving engine of which has been moved offshore, cannot recover unless the economy is brought back home, and that requires the repeal of Globalism.

Overstatement is common in order to produce good news, but eventually it catches up with the spinmeisters. Last month the National Association of Realtors reported that it had over-

stated home sales by 3.5 million. Statistician John Williams (shadowstats.com) reports that the “birth/death” model, which the Bureau of Labor Statistics uses to estimate the net affect on jobs data of unreported business closures and new start-ups, overstates the annual number of new jobs during troubled economic times by approximately one million jobs annually. Each year the accumulated monthly overstatements are quietly revised away by BLS.

Similarly, data can be understated in order to hide bad news. The understatement of inflation results from basing the Consumer Price Index (CPI) on substitution rather than on a fixed basket of goods, the traditional method. During the “progressive” Clinton regime, a deceptive change was made to the CPI. If the price of a good rises, for example, sirloin steak, the higher price does not appear in the index. Instead, the CPI assumes that consumers switch from sirloin to a cheaper cut, such as round steak. Thus, the rise in prices is negated by substituting goods that represent a lower standard of living.

By understating inflation, the government has been able to produce a “recovery,” when in fact the positive economic growth number is created by counting inflation or nominal GDP growth as real GDP growth. John Williams says that when inflation is measured in the old way, prior to Clinton, the US has experienced essentially no real GDP growth in the 21st century. In other words, we have had a decade of essentially no growth in the GDP while the presstitutes in the media proclaim “recovery.”

The government’s forecasts of its budget deficits are based on the assumption that an economic recovery is underway. If in fact there is no recovery and the economy is about to worsen, the trillion dollar plus deficits that the government forecasts for as far as the eye can see will be even larger. As more debt creation likely means more money creation by the Federal Reserve, the future purchasing power of the US dollar appears to be dismal.

The federal government’s reckless issuance of debt in order to finance its hegemonic wars and the Federal Reserve’s misuse of its authority to create \$16.1 trillion in secret loans to US and European banks (as revealed by the GAO audit of the Fed) have created an enormous number of new dollars. In addition, financial deregulation has resulted in banks creating paper claims on real assets that far exceed the value of the underlying real assets. This is an untenable situation. How is it likely to be resolved?

This is a two-part question: there is the banks’ debt and there is the federal government’s debt. Both are serious problems.

Mortgage-backed derivatives exceed the value of the homes, and Credit Default Swaps and other financial innovations have resulted in the paper claims on assets exceeding the value of the underlying real assets. Consider Credit Default Swaps, a form of unreserved “insurance.” Investors, really speculators, do not have to own a Greek government bond or a mortgage-backed derivative in order to purchase a “swap” that insures its value. Thus, the total value of swaps issued on Greek bonds, for example, can far exceed the total value of Greek bonds. The value of swaps issued on mortgage-backed securities can exceed the total value of mortgaged real estate.

Financial institutions, such as US banks, that sold “swaps” on Greek bonds were gambling that Greece would be bailed out and would not default. The financial institutions regarded as gravy the fees paid to them for “guarantees” on which they cannot make good. I don’t know the extent of swaps on sovereign debt, but I recently saw a report that the Bank of America alone has sold \$2.1 trillion in swaps on sovereign debt. Imagine the crisis if the Bank of America had to pay off these swaps.

Obviously, if European sovereign debt blows up, the US financial crisis will become deeper.

The GAO audit of the Federal Reserve showed that the Fed made secret loans to banks of \$16.1 trillion between December 2007 and June 2010. To put that figure in perspective, it is larger than the US GDP and larger than the US public debt. In other words, it took a tremendous amount of new money to keep the financial system from collapsing. Despite this huge sum pumped into the banking system, the banks are still regarded as weak and troubled. The insecurity of bank depositors is reflected in the one basis point interest rate on Treasury bill money funds. Many Americans are willing to receive a negative interest rate in order to have their money in instruments that can be paid off with newly created money.

When the paper claims on assets exceed the value of the underlying assets, one solution could be slow write downs of bad paper over time as the banks' profits permit. This would require suspending the mark-to-market rule and permitting the banks to remain "solvent" by counting bad assets as good until profits permitted write-downs.

This would be a sensible solution if the banks have profitable prospects. But with consumers too indebted and broke to borrow and the consumer market too impaired for good sales prospects for businesses, what profitable prospects do banks have? Only those created by the Federal Reserve's support of the "carry trade," the ability of financial institutions to borrow from the Federal Reserve at essentially zero interest rates and to put the money in Greek and Italian sovereign debt. This is gambling, otherwise known as "casino banking."

If reality rules out the solution of gradual write-downs, all that remains is bankruptcy or inflation. The Federal Reserve and the US government have ruled out permitting the banks to fail. That leaves inflation.

Except for a relatively few indexed Treasury bonds, financial instruments are in nominal values. Thus bad debts can be inflated away by driving up the nominal values of the underlying real assets and the nominal values of wages and salaries. It seems that the path that policymakers are taking is to reduce the purchasing power of money in order to drive up nominal asset values so that they exceed the claims against them.

For example, consider a person with a \$200,000 mortgage whose home, if he could sell it, is only worth \$175,000. This person's asset is under water. However, if inflation drives up the price of his home to \$250,000, the person has gone from a balance sheet \$25,000 in the red to one \$50,000 in the black. It seems clear that in order to save the financial institutions and itself, the government will sacrifice the purchasing power of the dollar.

Thus, the same solution appears to be in effect for the government's growing debt. For the moment the US dollar is benefitting from flight from the euro due to the hyped sovereign debt crisis in Europe. As in the past, a scared financial world takes refuge in the dollar and in US Treasury debt instruments. The main difference between Greece's indebtedness and America's is that Greece cannot print euros, but the US can print dollars. Thus holders of US debt can always get back the nominal dollar value of Treasury debt issues. Of course, the real purchasing power of these printed dollars can be very low.

The dollar as a refuge is a short-run phenomenon. Once the transfer out of euros into dollars has occurred, how does the Treasury sell the next round of bonds to finance trillion dollar deficits? Sooner or later the Federal Reserve will be back to monetizing the new

Treasury bond issues, that is, the Federal Reserve will create new money with which to purchase the new Treasury bond issues.

Sooner or later the new money will find its way into the economy and drive up prices, or the continual monetization of new US Treasury debt will cause the world to lose confidence in the dollar. Heavy sales of US dollars in currency markets would drive down the exchange value of the dollar and raise the prices of imports such as energy, manufactured goods, and food. Either way inflation is the result. Indeed, both can occur together, which is the likely result.

Normally, inflation is associated with a booming economy, but as too much of the US economy has been moved offshore, there is little left to boom other than prices. Therefore, the combination of high inflation with high unemployment is a likely fate that awaits Americans.

I cannot predict how long policymakers can hold economic armageddon at bay with spin, money creation, currency swaps, intervention in gold and silver markets, and outright lies. The onset could be sudden and take place this year, but we shouldn't underestimate the power of spin over a gullible public that trusts "their" government and fervently believes that Muslim terrorists are out to get them and that the demise of the Constitution, the product of a eight hundred year struggle that produced Anglo-American civil liberty, is worth the price of "safety."

There is no safety in a police state and a debauched currency. The comfortable world that Americans have known is falling apart at the seams.

About Dr. Paul Craig Roberts

Paul Craig Roberts was Assistant Secretary of the Treasury for Economic Policy and associate editor of the Wall Street Journal. He was columnist for Business Week, Scripps Howard News Service, and Creators Syndicate. He has had many university appointments. His Internet columns have attracted a worldwide following.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern